



Marktgemeinde ALLAND, Bez. Baden, N.Ö.

2534 Alland, Hauptstraße 176



02258/2245 Fax: 02258/2424 Mail: gemeindeamt@alland.gv.at

Protokoll-Nr.
445/2015

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die SITZUNG des GEMEINDERATES

am Mittwoch, dem 23. September 2015 im Sitzungssaal des Gemeindeamtes Alland.

Beginn: 19:05 Uhr

Ende: 20:10 Uhr

Die Einladung erfolgte am 15. September 2015 (Kurrende).

ANWESEND WAREN:

Bürgermeister Dipl.-Ing. Ludwig Köck (ÖVP)
GR Rainer Andermann (SPÖUBA)
GR Georg Baden (SPÖUBA)
GR Mag. (FH) Ing. Christian Bonfert (ÖVP)
GR Bmst. Ing. Gregor Burger (ÖVP)
GR Dipl.-Ing. Erwin Thomas Dollensky (ALL)
GR BSc. Ing. Armin Franz Grasel (ÖVP)
GR Erika Grasel (ÖVP)
Frau Vbgm. Petra Johanna Groschner (ÖVP)
GR Anton Hirschhofer (ÖVP)
Gf.GR Hannes Hofstätter (SPÖUBA)
GR Karl Kolbe (SPÖUBA)
GR Thomas Kropik (ÖVP)
GR Bernhard Nagl (SPÖUBA)
Gf.GR. Leopold Ottersböck (ÖVP)
GR Daniel Paunovic (FPÖ)
Gf.GR. Dr. Klaus Perl (SPÖUBA)
Gf.GR Martin Rapold (ÖVP)
GR und Obm. Prüfungsausschuss Mag. Klaus Sonnleitner (SPÖUBA)
GR Josef Winzer (ÖVP)

ANWESEND WAREN AUSSERDEM:

Amtsleiter Dipl.-Ing. Andreas Fischer

ENTSCULDIGT ABWESEND WAREN:

GR Irene Maria Hofstätter (SPÖUBA)

Die Sitzung ist beschlussfähig.

TAGESORDNUNG

- 1 **Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung**
- 2 **Bericht des Prüfungsausschusses**
- 3 **Grundverkauf Kubarth**
- 4 **Angebote Spielplatz, VS Alland**
- 5 **Annahme Förderverträge für folgende Punkt:**
 - a) **Bau der Abwasserbeseitigungsanlage Alland, KG Raisenmarkt – SW Kanal Holzschlag, Bauabschnitt 05**
 - b) **Bau der Abwasserbeseitigungsanlage Alland, ON-Erweiterung KG Alland-Parzellierung, Bauabschnitt 04**
- 6 **11. Änderung des Flächenwidmungsplanes**
- 7 **Berichte des Bürgermeisters und Allfälliges**

Bürgermeister Dipl.-Ing. Köck eröffnet die Sitzung und begrüßt den Gemeinderat und die Zuhörer. Er verweist auf die Entschuldigung von Frau GR Irene Maria Hofstätter (sh. Seite 1) und stellt die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

Der Bürgermeister ersucht den Gemeinderat aufgrund der gebotenen Dringlichkeit noch folgende Tagesordnungspunkte in die Sitzung aufzunehmen:

- 8 **Teilungsplan § 15 LTG (8.9.2015), Vermessung Schubert**
- 9 **Nominierung von 2 Prüfungsausschussmitgliedern für die Musikschule Pfaffstätten-Alland**
- 10 **Benützungordnung für die Beisetztkammer in Alland**

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	7	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0
FPÖ	dafür	1	dagegen	0

Tagesordnungspunkt 1, Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Bürgermeister Köck ersucht um die Genehmigung des Protokolls der Gemeinderatssitzung vom 01. Juli 2015. Nachdem es keine Einwände gibt, wird es vom Gemeinderat einstimmig angenommen und von den anwesenden Fraktionsvertretern und Protokoll-Mitfertigern unterfertigt.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	7	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0
FPÖ	dafür	1	dagegen	0

Tagesordnungspunkt 2, Bericht des Prüfungsausschusses

Prüfungsausschuss-Obmann GR Klaus Sonnleitner berichtet, dass er und seine Ausschusskollegen die Belege auf sachliche Richtigkeit überprüften und im Wesentlichen - bis auf das Fehlen weniger Lieferscheine - keine Mängel festgestellt wurden.

Betreffend der Erstellung eines Anlagenverzeichnisses, wie zuletzt im Juni 2015 angemerkt, verweist der Prüfungsausschuss-Obmann auf erste Anzeichen von Bemühungen. Seitens einer Praktikantin (Julia Fischer) erfolgten gemeinsam mit AL Fischer im Sommer erste Bestandserhebungen. Genaue Aufzeichnungen können nur über die Buchhaltung ausgehoben werden. Mag. Sonnleitner appelliert nochmals an den Bürgermeister diesbezügliche Bemühungen rascher voranzutreiben.

In einem weiteren Punkt, ebenfalls bezugnehmend zur Gemeinderatssitzung am 1. Juli 2015, merkt er an, dass die Zusage ab einem Betrag von 5000 € drei Angebote einholen zu wollen und in weiterer Folge einen Vorstandsbeschluss darüber zu fassen, bis dato noch nicht nachgekommen wurde. *(Anmerkung: vgl. dazu Protokoll 444/2015, 1. Juli 2015, Seite 5; Auszug: „Der Prüfungsausschuss regt an, dass bei Auftragsvergaben ab einer Größenordnung von 10.000 €, zumindest ein zweites Angebot eingeholt werden sollte.)*

Zudem schlägt GR Mag. Sonnleitner vor, die jährlichen Auftragssummen von oftmals beschäftigten Unternehmern in einer Übersicht aufzuaddieren. Aus Sicht des Prüfungsausschusses gebe es nämlich Firmen, die regelmäßig größere Aufträge seitens der Gemeinde an Land ziehen. Dementsprechend sollten auch Verhandlungen über Rabattierungen geführt werden.

Im Zuge der Außenbesichtigungen am Bauhof wurden die Inventarliste sowie die Fahrtenbücher überprüft. Hier gibt es seitens des Prüfungsausschuss keine Beanstandungen. Unverständlich ist es für GR Sonnleitner, dass den Prüfungsausschussmitgliedern der Zutritt zum gemeindeeigenen Jugendzentrum (JUZ) seitens eines Gemeindemitarbeiters verwehrt blieb. Laut dessen Stellungnahme war am Tag der Prüfung der betreffende Schlüssel in der Hand von 2 Privatpersonen.

Stellungnahme des Bürgermeisters

Bürgermeister Köck bedankt sich für den korrekten und umfassenden Bericht sowie die zahlreichen Anregungen der Prüfungsausschuss-Mitglieder. Bezugnehmend auf das Anlagenverzeichnis verweist er auf den Büroumbau und den hierfür zeitlichen Mehraufwand. Man werde diesbezüglich aber mit der Buchhaltung sprechen. Zudem sei es immer wieder verlockend, Firmen mit bestehenden Geschäftsbeziehungen aufgrund der Kenntnis der Gegebenheiten und der oftmals geforderten Dringlichkeit schnell kontaktieren zu können. Bürgermeister Köck wird in Zukunft die Vorstandsmitglieder informieren.

Gf.GR Perl fragt nach, welche Privatpersonen den JUZ-Schlüssel in Gewahrsam haben. Frau Vbgm. Groschner berichtet von einem Treffen vor Ort mit den verantwortlichen JUZ-Beteiligten einen Tag zuvor. Laut ihr haben Georg Denner und David Esterle die beiden Schlüssel in Verwahrung, da derzeit noch Renovierungsarbeiten anstehen. Regelmäßige Treffen mit den Jugendlichen sollen die Fertigstellung nun rascher vorantreiben. Im Zug der Fertigstellung sei beabsichtigt die Schlösser zu tauschen. Das Thema JUZ soll laut Ankündigung von Frau Vbgm. Groschner auch ein eigener Tagesordnungspunkt in der nächsten Kulturausschusssitzung sein.

Gf.GR Perl fordert daraufhin, dass kurzfristig ein Schlüssel auf der Gemeinde zu deponieren ist. In dringlichen Fällen müsse die Gemeinde einen Zugang zum Objekt haben. GR Dollensky regt an, im nächsten Mitteilungsblatt der Gemeinde die breite Öffentlichkeit über Öffnungszeiten und Angebote des JUZ zu informieren. Frau Vbgm. Groschner verspricht sofort nach der Fertigstellung eine Veröffentlichung.

Bgm. Köck versichert, dass in Kürze ein Schlüssel des JUZ in der Gemeinde verwahrt werden wird. GR Dollensky fragt nach, ob es Ideen für die Verwertung des Obergeschosses gibt. Der Bürgermeister verneint dies aus Kostengründen. Bezüglich der anstehenden Sanierung wurden seitens der Gemeinde bereits vor Jahren Kostenschätzungen von Baumeister Wagenhofer eingeholt. Für das Gesamtobjekt wurde eine Kostenschätzung von rund 900.000 € abgegeben. Zudem sei die bestehende Ölheizung am Ende. Das JUZ wird im Erdgeschoss nur mit einem Holzofen plus Elektroheizung geheizt.

Bürgermeister Köck regt an, dass sich alle Gemeinderäte und Sachverständige über die weitere Nutzung des Obergeschosses Gedanken machen können. Ein separater Zugang zum Obergeschoss sei vorhanden. Der Bürgermeister ist auch bereit einen Lokalausweis mit Fachleuten vor Ort zu führen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr zum mündlichen Bericht des Prüfungsausschusses gibt, ersucht der Bürgermeister um ein Zeichen der Zustimmung.

Der Gemeinderat nimmt den Bericht des Prüfungsausschusses einstimmig zur Kenntnis.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	7	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0
FPÖ	dafür	1	dagegen	0

Tagesordnungspunkt 3, Grundkauf Kubarth

Bürgermeister Köck schildert von einem weiteren Kaufinteressenten für ein 671 m² großes Gemeindegrundstück (121/5, EZ 82) in Mayerling. Es handle sich hierbei um DI Volker Kubarth, welcher bereits mit seiner Familie in Mayerling in Untermiete ansässig ist. Damit seien von den vormals insgesamt 4 Baulandgrundstücken der Gemeinde (ein Grundstück mit der Nr. 121/7 der EZ 82 wurde an Mag. Arno Krimmer verkauft) nur mehr zwei zu erwerben. Familie Kubarth interessiert sich neben dem genannten Baulandgrundstück auch für die angrenzende 131 m² große, öffentliche Verkehrsfläche (Vö) mit der GstNr. 121/10. Vorbehaltlich der Zustimmung des Gemeinderates und der NÖ Landesregierung (§§ 24 und 25 NÖ Raumordnungsgesetz) kann sich der Bürgermeister seitens der Gemeinde auch den Verkauf dieses Grundstückes als Bauland vorstellen. Der Preis für beide Grundstücke wird vertraglich mit 150 €/m² zuzüglich Aufschließungsgebühr festgeschrieben. Bürgermeister Köck ersucht den Gemeinderat um ein Zeichen der Zustimmung.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	7	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0
FPÖ	dafür	1	dagegen	0

Tagesordnungspunkt 4, Angebote Spielplatz, VS Alland

Bürgermeister Köck berichtet, dass die Marktgemeinde Alland im Rahmen der Förderaktion zur Gestaltung von Schulfreiräumen und Spielplätzen in NÖ - „Schulhöfe und Spielplätze in Bewegung“ - eine Förderzusage des Landes von max. 40.000 € der Bruttokosten für ein solches Projekt im Garten der VS Alland erhielt. Insgesamt wurden 300 Spielplatz-Projekte eingereicht, die Marktgemeinde Alland war eine von 30 Gemeinde, welche sich auch über

einen Zuschlag freuen konnten. In Abstimmung mit dem zuständigen Spielplatzbüro (NÖ Familienland) wurden insgesamt 6 Firmen im Zuge einer Ausschreibung zur Angebotslegung eingeladen. Die 5 eingetroffenen Offerte wurden bereits im Vorstand besprochen. Die drei Bestbieter (Fa. Moser, Fa. Linsbauer und Fa. Stausberg) wurden zur Angebotsprüfung an den Bauausschuss delegiert, im Rahmen einer Sitzung am 21. September 2015 erhielten die Firmen die Möglichkeit ihr Projekt samt Offert näher vorzustellen.

Bauausschuss-Obmann Gf.GR Rapold berichtet, dass einzelne Positionen in den verschiedenen Auflistungen konkret besprochen werden konnten und die Angebote auf Vollständigkeit, Ausführungen und Montagedetails überprüft und gemeinsam diskutiert wurden. Fa. Linsbauer bezifferte im Zuge der Verhandlungen ihr Angebot mit 50.246 € exkl. MwSt; Fa. Stausberg mit 49.442 € exkl. und Fa. Moser mit 54.906 €. „*Objektiv gesehen, war das billigste Angebot schlussendlich das teuerste.*“ Der Bauausschuss sprach sich im Zuge der Beratungen für die Fa. Moser aus. Unter anderem werden die Gartengeräte aus Lärchenholz gefertigt und auch die Gelenke, Seilschaften und Stirnhölzer so ausgeführt, dass mit einer längeren Lebensdauer zu rechnen ist.

Gf.GR Rapold ersucht den Gemeinderat sich der Empfehlung des Bauausschusses anzuschließen und den Zuschlag an Fa. Moser zu vergeben. In der von ihm genannten Variante 2 ist auch eine Einsparmöglichkeit (Mithilfe von Bauhofmitarbeitern bei der Montage) von rund 4500 € inkludiert, sodass sich die Auftragssumme bei rund 50.000 € netto (plus den Baggerarbeiten in Eigenregie) bewegen wird. GR Dollensky hinterfragt die Förderhöhe der anfallenden Bruttokosten. Nachdem die Projektkosten (inkl. der anrechenbaren Eigenleistungen) nach Einschätzung des Bürgermeisters einen Bruttobetrag von 60.000 € übersteigen werden, sei für ihn auch der max. Fördersatz von 40.000 € gewiss. Bürgermeister Köck ersucht daraufhin den Auftrag, wie vom Bauausschuss vorgeschlagen, an die Fa. Moser zu vergeben.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	7	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0
FPÖ	dafür	1	dagegen	0

Tagesordnungspunkt 5, Annahme der Förderverträge für folgende Projekte:

Der Bürgermeister berichtet, dass die Annahmeerklärungen der Förderverträge für die Abwasserbeseitigungsanlage BA 05 KG Raisenmarkt - SW-Kanal Holzschlag sowie für die ABA Alland BA 04-Kanalerweiterung im Zuge der Parzellierung nahe der neuen Mittelschule in der KG Alland aus Mitteln des NÖ Wasserwirtschaftsfonds seitens der Gemeinde erst unterfertigt werden müssen. Die diesbezüglichen Erklärungen für die Gewährung der Landesmittel sollen im Anschluss an die Sitzung unterzeichnet werden. Der Bürgermeister ersucht die Gemeinderäte um folgende Zustimmung:

a) Bau der Abwasserbeseitigungsanlage Alland, KG Raisenmarkt – SW Kanal Holzschlag, Bauabschnitt 05

Für das genannte Projekt wurden seitens des NÖ Wasserwirtschaftsfonds Landesförderungsmittel in der Höhe von 18.000 € (5% der förderbaren Investitionskosten) und zudem eine Pauschalförderung von 8.950 € gewährt.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	7	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0
FPÖ	dafür	1	dagegen	0

b) Bau der Abwasserbeseitigungsanlage Alland, ON-Erweiterung KG Alland-Parzellierung, Bauabschnitt 04

Für dieses Projekt wurden seitens des NÖ Wasserwirtschaftsfonds Landesförderungsmittel in der Höhe von 8.500 € (5% der förderbaren Investitionskosten) gewährt.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	7	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0
FPÖ	dafür	1	dagegen	0

Tagesordnungspunkt 6, 11. Änderung des Flächenwidmungsplanes

Der Bürgermeister berichtet von der anstehenden 11. Änderung des Flächenwidmungsplanes und den zugrundeliegenden Verfahrensschritten gemäß NÖ ROG. Der Entwurf des örtlichen Raumordnungsprogramms des beauftragten Ortsplaners DI Thomas Hackl lag mit sämtlichen Planbeilagen sechs Wochen zur allgemeinen Einsicht auf. Dies wurde in der Zeit von 5. August 2015 bis 16. September 2015 auch an den Anschlagtafeln der Nachbargemeinden sowie auf der Gemeinde-Homepage öffentlich kundgemacht. Seitens der Bevölkerung, Grundeigentümer, Anrainer bzw. Nachbargemeinden wurde keine Stellungnahme abgegeben. Der Bürgermeister verliest auf Ersuchen von Gf.GR Perl die einzelnen Punkte der Kundmachung inkl. der beiliegenden Änderungen (sh. Anlage) und gibt sogleich nähere Erklärungen dazu ab. Da es in weiterer Folge keine Wortmeldungen mehr dazu gibt, bringt er den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	7	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0
FPÖ	dafür	1	dagegen	0

Bürgermeister Köck setzt mit den 3 zusätzlich aufgenommen Tagesordnungspunkten zu Sitzungsbeginn fort. Der in der Einladungskurrende veröffentlichte **Tagesordnungspunkt 7**, Berichte des Bürgermeisters und Allfälliges, folgt damit erst nach den TOP 8 bis 9.

Tagesordnungspunkt 8, Teilungsplan § 15 LTG (8.9.2015), Vermessung Schubert

Der Bürgermeister zeigt einen baubehördlich nicht anzeigepflichtigen Teilungsplan der Fa. Vermessung Schubert ZT GmbH mit der GZ 30638. Darin ist eine Naturaufnahme 1:250 der KG Alland/04001 der neuen SPAR-Filiale mit neuen Vermessungspunkten ersichtlich. Die gelb markierten Grundstücksflächen (Trennstück 2, Trennstück 6) sollen im Zuge der neuen Gehsteiganlage an das öffentliche Gut abgetreten und verbüchert werden. Der Gemeinderat stimmt dem Teilungsplan § 15 LTG einstimmig zu.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	7	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0
FPÖ	dafür	1	dagegen	0

Tagesordnungspunkt 9, Nominierung von 2 Prüfungsausschussmitgliedern für die Musikschule Pfaffstätten-Alland

Bürgermeister Köck ersucht um die Bekanntgabe von zwei Prüfungsausschussmitgliedern für den Gemeindeverband der Musikschule Pfaffstätten-Alland. In der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates wurden bereits Frau Vbgm. Groschner und GR Andermann als Vorstandsmitglieder nominiert. Diese beiden gewählten Vorstandsmitglieder dürfen nicht in den Prüfungsausschuss bestellt werden.

Gf.GR Perl schlägt GR Mag. Klaus Sonnleitner vor, Gf.GR Rapold nennt GR Thomas Kropik. Die beiden Vorschläge werden einstimmig angenommen.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	7	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0
FPÖ	dafür	1	dagegen	0

Bürgermeister Köck dankt den beiden Mandataren für die bereitwillige Übernahme dieser Funktion im Namen der Marktgemeinde Alland und setzt mit dem nächsten Tagesordnungspunkt fort.

Tagesordnungspunkt 10, Benützungsbefugnis für die Beisetztkammer in Alland

Zum Bedauern des Bürgermeisters und Amtsleiters kam es in letzter Zeit vermehrt zu unangebrachten Vorfällen am Friedhof in Alland. Dies hat unter den beiden involvierten Bestattungsunternehmen zu heftigen Auseinandersetzungen geführt. Unter anderem wurden Säрге mit Verstorbenen, offen ohne Beschriftung in der Beisetztkammer abgestellt (Meldung an AL Fischer am 13.08.2015: offener Sargdeckel, pietätlose Versorgung des Verstorbenen, Nichteinhaltung hygienischer Mindeststandards, unversperrte Leichenkammer, offenstehende Türe bei Sommerhitze, einhergehende öffentliche Zugangsmöglichkeit etc.).

Da in solchen Fällen auch von einer Gesundheitsgefahr (Infektionsrisiko) für Mitarbeiter und Friedhofsbesucher auszugehen ist, wurde seitens der Gemeinde im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen sowie in Anlehnung an die Benützungsbefugnis der Friedhöfe Wien GmbH eine 5-seitige Benützungsbefugnis für die Leichenkammer des Friedhofes der Marktgemeinde Alland verfasst und im Vorfeld an den Gemeindevorstand zur Durchsicht weitergeleitet.

Die Verordnung soll mit 1. Oktober 2015 in Kraft treten und spätestens eine Woche vorab an die Bestattungsunternehmen Fa. Hofstätter und Fa. Unvergessen versandt werden. Der Bürgermeister ersucht um Zustimmung.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	7	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0
FPÖ	dafür	1	dagegen	0

Auf Nachfrage von GR Dollensky schildert Bürgermeister Köck, dass es hier nicht um Änderungen einer Gebührenordnung geht, sondern lediglich die „ordentliche“ Benützung der Leichenkammer in diesem Papier festgeschrieben wird. GR Dollensky ersucht daraufhin um Zusendung der Benützungsordnung. Gf.GR Perl regt an, dass auch der Friedhofsaustrub pietätvoll gelagert werden soll. Als Friedhofs- bzw. Begräbnisbesucher seien trotz Aluwänden immer wieder Knochenteile augenscheinlich sichtbar. Der Bürgermeister verspricht, dass die Gemeinde die Totengräber auf diese Umstände aufmerksam machen wird.

Nachtrag des Tagesordnungspunktes 7, Berichte des Bürgermeisters und Allfälliges

- ✓ Der Bürgermeister berichtet über den aktuellen Stand der geplanten Flüchtlingsunterbringung im ehemaligen Franz-Schulz-Heim im Helenental. Nach einem Interessentengespräch mit Herbert Eder, Geschäftsführer der Eder Beteiligungsverwaltungs GmbH (SLC Europe) aus Lilienfeld, im Juli 2015 wurde seitens der Gemeinde der Kontakt mit dem Innenministerium hergestellt. Das Heim wurde gepachtet und dem Betreiber für die professionelle Beherbergung von Asylsuchenden zur Verfügung gestellt. Das Quartier ist voll möbliert, verfügt über eine Großküche und ist mit Doppel- und Einzelzimmern ausgestattet. Nach Beendigung der Adaptierungsarbeiten sollen die ersten Asylwerber ab 14. Oktober 2015 einziehen können. Insgesamt ist die Unterbringung von bis zu 130 Flüchtlingen geplant. Nach Angaben des Bürgermeisters sollen hauptsächlich Frauen und Männer (Einzelschicksale) vereinbarungsgemäß untergebracht werden. Familien wurden auf Wunsch der Gemeinde hintangestellt, damit der Betrieb im örtlichen Kindergarten und in der Volksschule in gewohnter Weise fortgeführt werden kann. Zur Heimbetreuung sollen 1 Leiter, 2 Krankenschwestern/-pfleger sowie 2 weitere Personen vom Betreiber fix angestellt werden.

Gf.GR Hofstätter fragt nach, ob die Zahl 130 das Ende der Fahnenstange in Alland ist. Der Bürgermeister verweist auf eine maximale Kapazität von 150 Betten. Nachdem auch das Personal vor Ort untergebracht werden soll, nimmt er an, dass man sich an die Zusage halten werde. Die Marktgemeinde Alland leistet damit einen großen Beitrag zur Bewältigung des Flüchtlingsstroms in Relation zu anderen Gemeinden, wo trotz Bemühungen des Bundes nicht einmal die diskutierte 1,5%-Marke der Bevölkerungszahl toleriert wird. Sobald die Ansprechpartner vor Ort bekannt sind, sollen nähere Informationen auf der Homepage und im Mitteilungsblatt veröffentlicht werden. Aktuell gebe es bereits zahlreiche Anfragen und Initiativen aus der Bevölkerung, welche auf die Versorgung (Sachspenden etc.) und Integration (z.B. Deutschunterricht) der neuen Bewohner abzielen.

GR Dollensky fordert in dieser Angelegenheit Rechtssicherheit seitens der Gemeinde. Der Bürgermeister sei schließlich Baubehörde 1. Instanz. Gf.GR Perl vertritt die Ansicht, dass aufgrund des neuen Durchgriffsrechtes des Bundes und der vertraglichen Regelungen diese Aufgaben nicht mehr bei der Gemeinde liegen. Zudem sei der Betreiber eine GmbH und unterliege der Gewerbeordnung. Bürgermeister Köck schildert, dass in enger Zusammenarbeit mit dem Land NÖ und der BH Baden gesetzliche Auflagen und Pflichten in Bezugnahme auf das Objekt und seine Einrichtungen (Kläranlage, Fluchtwegbeleuchtung etc.) durch Amtssachverständige überprüft wurden. Zuletzt konnte die biologische Kläranlage des Heimes nach 5 Jahren Stillstand wieder reaktiviert werden. Längerfristig sei angedacht, dass mit Hilfe einer Brückenquerung auch an den vorbeiführenden Kanal der Marktgemeinde

Heiligenkreuz angeschlossen werden könnte. Das Heim besitze zudem eine Wasser-Eigenversorgung, welche den hygienischen Vorschriften entspricht.

Laut Bürgermeister sei die Bevölkerung von Alland dazu aufgerufen auch Hilfeleistungen im Ortsgebiet von Alland zu vollbringen. Aufgrund der guten Infrastruktur ist er überzeugt, dass man hier rasch und professionell helfen kann.

Die Frage seitens Frau Vbgm. Groschner, ob ein Durchgriffs- oder Mitspracherecht seitens der Gemeinde gewährleistet sei, verneint der Bürgermeister.

- ✓ Bürgermeister Köck berichtet in weiterer Folge, dass das Familienaudit erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Die Überreichung des staatlichen Gütezeichens „familienfreundliche Gemeinde“ soll durch Frau Bundesministerin Dr. Sophie Karmasin im Rahmen einer Zertifikatsverleihung am 21. Oktober 2015 um 18 Uhr in Innsbruck erfolgen. Der Bürgermeister will gemeinsam mit einem weiteren Vertreter der Gemeinde an der Veranstaltung persönlich teilzunehmen. Die ausgezeichneten Gemeinden sollen in einer Festbroschüre zur Verleihung der Öffentlichkeit und Presse vorgestellt werden. GR Dollensky ersucht den Bürgermeister um Weiterleitung des Auditsberichtes per E-Mail.
- ✓ In den Sommermonaten konnten die Räumlichkeiten des Bürgerservice-Büros saniert und neu eingerichtet werden. Der strikte Zeitplan der beteiligten Firmen wurde zur Freude aller Beteiligten eingehalten. Seitens der Bevölkerung wird das neue Büro bereits gut angenommen.
- ✓ Die Freiwillige Feuerwehr Groisbach lädt gemeinsam mit der FF Alland und FF Maria Raisenmarkt zur Fahrzeugsegnung des neuen Einsatzfahrzeuges HLF 1-W am Sonntag, den 4.10.2015, um 10 Uhr 30, im Beisein von LFKUR Mag. Pater Stephan Holpfer sowie Landesfeuerwehrkommandant LBD Dietmar Fahrafellner ein. Der Bürgermeister ersucht um rege Beteiligung seitens der Gemeinderäte und der Bevölkerung. Ein Informationsfolder mit einer Leistungsübersicht aller drei Feuerwehren ist an jeden Haushalt ausgeschickt worden. Bürgermeister Köck dankt allen 3 beteiligten Feuerwehrkommandanten für die Organisation und Mitarbeit.
- ✓ Der nächste Termin für die Silofolienentsorgung ist am 13.11.2015 von 8 bis 11 Uhr geplant. Die Landwirte werden seitens der Gemeinde schriftlich informiert.
- ✓ Am 9. bis 11. November 2015 wird es auch wieder einen Termin für die mobile Grünschnitt-Abholung in Zusammenarbeit mit Fa. Grundner geben. Hierzu wird es ein Anmeldungsschreiben an alle Haushalte geben. Der Grün- und Strauchschnitt ist auf öffentlichem Gut vor den jeweiligen Liegenschaften zeitgerecht zu lagern. Die Forstverwaltung des Stiftes Heiligenkreuz wird das Strauchmaterial in der Folge kostenlos abnehmen und zur Biomasse-Verbrennungsanlage in Wien-Simmering verfrachten.
- ✓ Gf.GR Perl berichtet von der Verkehrsausschusssitzung am 14. September 2015: Unter anderem beschäftigte man sich mit der Umfahrung Alland (Spange Ost), weiters wurde die Aufstellung des Blumentrogs am Parkplatz sowie die Verkehrssituation nahe der Volksbank beleuchtet. Wurde früher die Ampel in diesem Sektor sehr oft mit hohen Geschwindigkeiten umfahren, konnte die Situation nun für die Fußgänger und Schulkinder weiter entschärft und eine verkehrsberuhigende Zone geschaffen werden. Im Sinne zusätzlicher Optimierungen folgt eine kurze Diskussion unter den Mandataren über die mögliche Umkehrung der geltenden Einbahnregelung sowie über

ein mögliches Linksabbiegeverbot bzw. Rechtsabbiegegebot. Der Bürgermeister verweist in diesem Zusammenhang auf Gesprächsbereitschaft und spricht sich für eine sachliche Lösungsorientierung aus. Verbesserungen gab es laut Gf.GR Perl zwischenzeitlich auch bei der Steuerung der Ampelschaltung am Hauptplatz.

- ✓ Betreffend des Themas „Entwicklung eines Verkehrskonzepts B11“ von Groisbach kommend über die Brücke rechts Richtung Kirche und Unimarkt, verständigte man sich im Gemeindevorstand als auch im Verkehrsausschuss darauf, dass das ZT-Büro von DI Franz Paikl aus 2431 Kleinneusiedl ein Konzept ausarbeiten soll und schon im nächsten Jahr sichtbare Maßnahmen gesetzt werden sollen. Ziel sei eine spürbare Verlangsamung des Verkehrsstroms und Verkehrsberuhigung im Ort. Erste Entwürfe dazu sollen nach Gf.GR Perl im Rahmen einer neuerlichen Verkehrsausschusssitzung vorgestellt werden. Der Bürgermeister betont, dass man beim Land NÖ sowie der Straßenverwaltung um Kostenbeteiligung und bestmögliche Unterstützung ansuchen werde. GR Dollensky verliert in diesem Zusammenhang (B11/Volksschule) eine Presseaussendung vom Kuratorium für Verkehrssicherheit (KfV) und zitiert dessen Direktor Dr. Othmar Thann wie folgt: *„Ein Unfall bei 60 km/h endet so gut wie immer tödlich; bei einer Aufprallgeschwindigkeit von 50 km/h verunglückten 70% der Fußgänger tödlich, bei 30 km/h sind es 10%“*. GR Dollensky versteht daher nicht, warum sich Politiker dagegen wehren vor der VS Alland das Tempo 30 einzuführen. Gf.GR Perl verweist auf die gemeinsamen Bemühungen und zeigt sich im Sinne des neuen Verkehrskonzeptes offen und gesprächsbereit. Seiner Ansicht nach könnte bereits eine Verschmälerung der gefährlichen Straßenabschnitte durch bauliche Maßnahmen oder Markierungen Fahrtgeschwindigkeiten reduzieren helfen.
- ✓ Zum Thema Umfahrung Alland berichtet Bürgermeister Köck, dass es in der KW33 mit allen 5 betroffenen Grundeigentümern - im Beisein von DI Josef Decker, NÖ Straßenbaudirektor, und DI Gerald Hohenauer, Entschädigungsreferent der NÖ Landwirtschaftskammer, - ein gemeinsames Informationsgespräch am Gemeindeamt gab. GR DI Erwin Dollensky verfasste dazu ein Protokoll, welches er am 14. August 2015 an alle Gemeinderäte versandte. Das Umfahrungsprojekt wurde samt Flächenbedarf von den Sachverständigen in seinen Grundzügen erläutert. Im Anschluss wurden Zustimmungserklärungen für Bodenerkundungen eingeholt. Bis 29. September 2015 sollen die aktuellen Verkehrszahlen vorliegen und seitens der Straßenbauabteilung an den Bürgermeister ausgehändigt werden. Diese Informationen sollen noch am selben Tag an die Fraktionsführer weitergeleitet werden. Noch im Oktober 2015 sollen im Zuge von Bodenschürfungen die geologischen Verhältnisse geprüft werden, erst dann gebe es Klarheit, ob die vorgeschlagene Variante überhaupt gebaut werden kann. Die budgetierten Baukosten belaufen sich nach Bürgermeister Köck auf 3,5 Mio. €, diese Mittel seien einmal reserviert. Im November 2015 ist eine diesbezügliche Bürgerinformation vorgesehen, parallel dazu sollen Grundeinlöse-Verhandlungen mit den betroffenen Grundeigentümern geführt werden. An einem Sonntag im Jänner 2016 ist eine Volksbefragung in allen drei Wahlsprengeln zum Thema Spange/Umfahrung Alland auf breiter Basis angedacht. Es seien alle Gemeindebürger aufgefordert ihre Meinung dazu abzugeben. Das Befragungsergebnis entscheide dann, ob das Projekt weiterverfolgt werden soll oder nicht.
- ✓ GR Dollensky verliert daraufhin Auszüge aus der Verhandlungsschrift der Sitzung von 1. Juli 2015: *„Mangels aussagekräftiger Eckdaten und grundlegender Diskussion vermisst GR Dollensky Entscheidungsgrundlagen.“* Dieses Erfordernis sieht er nur zum Teil (mit dem Gutachten des Verkehrsplanungsbüros Snizek + Partner) erfüllt.

Unerklärlich ist es GR Dollensky, „dass ein Straßenbaudirektor nicht sofort aufschlussreiche Zahlen vorlegen kann, wenn er schon die Grundeigentümer informiert“. GR Dollensky zitiert weiter: *„Bürgermeister Köck nimmt dazu wie folgt Stellung: Seitens der MG Alland werde in dieser Angelegenheit keinerlei Druck beim Land NÖ ausgeübt. Es soll lediglich Gespräche mit den betroffenen Grundeigentümern geführt werden, danach soll es eine Bürgerinformation geben. Akut sieht Bürgermeister Köck keinen Handlungsbedarf das Projekt umzusetzen.“* ... „Gf.GR Rapold ergänzt, dass zuerst die Gespräche mit den betroffenen Grundbesitzern zu führen sind, um Grundlagen, wie mögliche Konditionen zur Abtretung, festlegen zu können. Sollten die Grundbesitzer gegen eine Umfahrung sein, werde es das Projekt auch nicht geben“. Zitat Ende. GR Dollensky merkt an, das in dem betreffenden Protokoll sehr viele Widersprüche nachzulesen sind. Frau Vbgm. Groschner merkt an, dass es sich lediglich um widersprüchliche Aussagen handelt, die im Protokoll niedergeschrieben wurden.

Der Bürgermeister zeigt sich daraufhin überzeugt, dass das Projekt Umfahrung für Alland dienlich wäre und schon seit 15 Jahren wie eine heiße Kartoffel hin- und hergeschoben werde. GR Dollensky nennt das Jahr 2007, wo diesbezügliche Gespräche mit den Bürgermeistern aus Alland, Heiligenkreuz und Baden gegeben hat. Aufgrund des „Snizek-Gutachtens“ hätte man laut GR Dollensky damals die Übereinkunft getroffen, dass die Umfahrung Alland negative Auswirkungen für das gesamte Helental zeitig. Die Spange Alland sei 2007 schon zu Grabe getragen worden, kommentiert GR Dollensky. Für ihn geht es aktuell daher nicht mehr um die Entlastung der Bevölkerung in der Mayerlingerstraße, sondern um eine landespolitische Angelegenheit, die man verwirklichen will.

Gf.GR Rapold verweist auf die Transparenz der geplanten Bürgerinformation im November 2015 und die demokratische Entscheidungsmöglichkeit einer Volksbefragung mit einem bindenden Ergebnis.

Laut Bürgermeister Köck wird die Gemeinde die Kosten der Volksabstimmung tragen. Des Weiteren wären auch die Kosten für die Grundeinlösen von der Marktgemeinde Alland zu begleichen. Im Falle einer Projektbefürwortung will der Bürgermeister noch mit dem Land zwecks finanzieller Beteiligung in Verhandlungen treten.

GR Dollensky verliest dazu einen Auszug aus dem Gutachten von Verkehrsplaner Snizek 2007: *„Durch die Errichtung einer Spange Alland Ost wird die Verkehrsbelastung auf der B210 auf dem gesamten Verlauf des Helenentals ohne weitere Maßnahmen um 15% zunehmen. ...“*

Frau Vbgm Groschner unterbricht und appelliert an GR Dollensky diese demokratische Vorgehensweise mit Volksentscheidung so zu akzeptieren. Das spare Streitigkeiten und politisches Hixhak.

Gf.GR Perl sieht das Thema Umfahrung nüchtern und neutral, er will weder, dass sich jemand damit ein Denkmal setzt, noch wolle er etwas verhindern. Er übt jedoch Kritik an der schleppenden Informationsgeschwindigkeit punkto Verkehrszahlen. Am 8. September 2015 sei er im Rahmen einer Vorstandssitzung erstmals vom Plan einer Bürgerinformation und -befragung in dieser Angelegenheit informiert worden. Damals kommunizierte man, dass die Verkehrszahlen noch unter Verschluss sind. Am 14. September 2015 wurde seitens des Bürgermeisters dem Verkehrsausschuss mitgeteilt, dass die Zahlen bald kommen werden. Nun vertröste man die Gemeinderäte abermals um eine Woche. Für die Mandatäre als auch die Bevölkerung sei für eine Entscheidungsfindung eine gewisse Einarbeitungs- und Vorbereitungszeit vonnöten, darüber sollte man sich nach Meinung von Gf.GR Perl im Klaren sein.

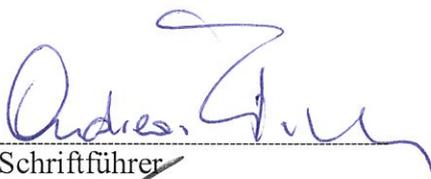
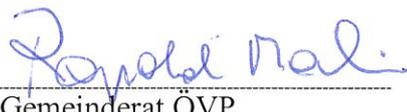
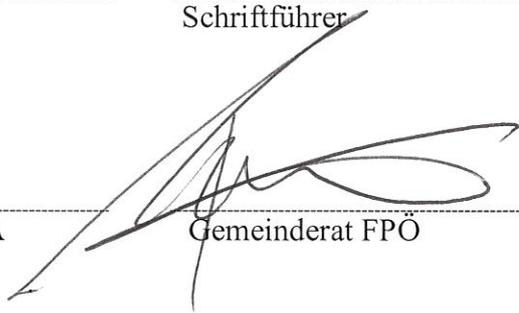
Bürgermeister Köck verweist in weiterer Folge auf den vereinbarten Termin bei der NÖ. Straßenbauabteilung am 29. September 2015 um 16 Uhr, wo er auch die

geforderten Zahlen erhalten soll. Diese will er dann sofort an die Fraktionsobleute weiterleiten. GR Grasel hinterfragt, ob die Zahlen auch Aussagen vom Kreisverkehr bis nach Heiligenkreuz treffen werden. Diesbezüglich kann der Bürgermeister noch keine Aussage treffen. GR Dollensky wirft ein, dass im Falle des Spangenaus der einzige Nutznießer die Gemeinde Heiligenkreuz sein werde.

Bürgermeister Köck betont, dass er subjektive Meinungen respektiere, diskutieren könne man aber erst nach Vorliegen von sachlichen Unterlagen, welche er nach Vorliegen sofort an die betreffenden Mandatare übermitteln werde. Es bleibe dann für jeden Interessenten noch ausreichend Zeit diese Zahlen zu studieren, zu interpretieren und zu hinterfragen.

- ✓ Da es keine weiteren Anfragen mehr gibt, verweist Bürgermeister Köck auf den nächsten Gemeinderatstermin am 16. Dezember 2015. Er dankt den Zuhörern für das Interesse und den Gemeinderäten für die konstruktive und produktive Zusammenarbeit.
- ✓ Nach Einholung der Unterschriften (sh. TOP 5) beschließt der Bürgermeister die Sitzung um 20:10 Uhr.

Dieses Sitzungsprotokoll wurde in der Sitzung am 16.12.2015 genehmigt.

 Bürgermeister	 Schriftführer	 Gemeinderat ÖVP
 Gemeinderat SPÖUBA	 Gemeinderat FPÖ	 Gemeinderat ALL